(KR/AM)
Heute unter anderem zu diesen Themen:

- Die USA auf dem Weg in die Deflation?
- Konjunkturprogramme: Ressentiment des Zeitgeistes
- Mit Staatshilfe in das letzte Gefecht
- Wolfgang Münchau – Im Blindflug durch die Finanzmärkte
- Neuer Vorstandschef der Transnet
- Leiharbeiter – die stummen Verlierer
- Wir sind Demokratiemuffel?
- Rente steigt – ihr Niveau sinkt
- Lebensversicherung: Stille Reserven kaum ausgeschüttet
- Pleite im Alter – Tausende Anleger verlieren ihr Erspartes
- Legen Berufsunfähigkeitsversicherer ihre Kunden aufs Kreuz?
- Warum Bankberater hauptsächlich an sich denken
- Apotheker kassieren über Tarnfirmen
- BGH: Gaspreis-Erhöhungen müssen berechtigt sein
- Die ewige Suche nach der Gerechtigkeit
- Deutsche kritisieren die Demokratie
- Böckler Impuls 18/2008: Studiengebühren verunsichern Abiturienten
- Osteuropa: Noch mehr blühende Landschaften

- Handy-Weltmarktführer Nokia büßt in Deutschland Marktanteile ein

Vorbemerkung: Dieser Service der NachDenkSeiten soll Ihnen einen schnellen Überblick über interessante Artikel und Sendungen verschiedener Medien verschaffen.

Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.

1. **Die USA auf dem Weg in die Deflation?**
   Bis vor Kurzem war Deflation vor allem ein Begriff für die Lehrbücher. Nun aber verdichten sich die Anzeichen für einen globalen Preisverfall: In den USA sanken die Lebenshaltungskosten im Oktober um 1,0 Prozent zum Vormonat – das hat es seit 1947 nicht gegeben. Wie das US-Arbeitsministerium am Mittwoch in Washington mitteilte, ist der Verfall vor allem auf die sinkenden Energiepreise zurückzuführen. Allerdings sank selbst die sogenannte Kerninflation – hier sind Energie und Lebensmittel nicht eingerechnet – um 0,1 Prozent. Mit den Zahlen aus den USA wächst die Sorge vor einer Deflation, also einem dauerhaften Verfall der Konsumentenpreise. Ökonomen fürchten dieses Szenario noch mehr als eine hohe Inflation. Sinkende Preise nämlich drücken die Gewinnmargen der Unternehmen. In der Folge entlassen die Firmen Mitarbeiter, was wiederum den Konsum und die Preise drückt. Während Notenbanken Teuerungsrisiken mit höheren Leitzinsen bekämpfen können, sind sie bei Deflation weitgehend machtlos – wie zuletzt die japanische Notenbank.
   Quelle: FTD

   Kommentar AM: *Na ja, ein bisschen differenzierter könnte die Kommentierung schon sein. Sinkende Preise haben auch ihr Gutes für die Verbraucher.*

2. **Wolfgang Münchau – Im Blindflug durch die Finanzmärkte**
   Auch heute sollten wir nicht davon ausgehen, dass wir die tiefen Ursachen dieser Krise bereits verstehen. Wer gleich „menschliches Versagen“ schreit, unterschätzt möglicherweise die strukturellen Ursachen. Natürlich wissen wir,

dass die Banken falsche Anreize hatten. Wir wissen, dass die Ratingagenturen ein übles Spiel gespielt haben und die Banken sich mit Schrottpapieren ins Bockshorn jagen ließen. Dies ist alles richtig und bekannt. Doch erklärt es noch nicht notwendigerweise die Ursachen. Was die Ursachen angeht, haben wir bislang nur mehr oder weniger plausible Spekulationen. Meine eigene Vermutung ist eine andere als die der Staats- und Regierungschefs, die am Wochenende in Washington einen langen Katalog geplanter neuer Regeln aufstellten. Natürlich war auch von makroökonomischen Ungleichgewichten und fehlenden Strukturreformen die Rede, doch damit ist nicht sehr präzise gesagt, was gemeint ist.
Unter makroökonomischen Ungleichgewichten verstehe ich extreme Leistungsbilanzüberschüsse und -defizite. Die Asiaten haben nach der Finanzkrise in den 90er-Jahren mit zwei Schritten reagiert. Man ließ die Währungen unterbewertet, um den Export anzutreiben. Und da man nicht genug konsumierte und in die Infrastruktur investierte, bildeten sich Leistungsbilanzüberschüsse und Fremdwährungsreserven, die man überwiegend in den USA investierte. Die USA nutzten zu ihrem kurzfristigen Vorteil die Rolle des Dollar als Weltwährung, was in der internationalen Ökonomie als „exorbitantes Privileg“ bezeichnet wird. Die US-Zentralbank senkte die Zinsen auf ungewöhnlich niedrige Niveaus. Und mit den geringen Zinsen bildete sich zu Hause eine Reihe von Blasen, bei den Immobilien, bei den Aktien und natürlich bei den Krediten und später bei den Rohstoffen.
Wenn man diese verschiedenen Faktoren zusammenfasst, erkennt man eine Kette, deren Hauptbindeglieder asiatischer Merkantilismus und amerikanische Kurzfristökonomie sind. Auch in einem solchen Szenario hat der Finanzsektor versagt. Ohne Fehlentwicklungen in den Finanzmärkten wäre die Blase wahrscheinlich nicht so groß geworden. Das akzeptiere ich völlig. Der entscheidende Punkt ist aber, dass es ohne globale Ungleichgewichte erst gar nicht zu einer derartigen Blase gekommen wäre. Vielleicht wird diese Theorie in Zukunft widerlegt und durch eine andere, bessere ersetzt. Ich wette, dass es eine makroökonomische Erklärung geben wird, wenn auch vielleicht mit einer anderen Theorie als der meinigen. Wenn ich richtig mit dieser Vermutung liege, sollten wir von der Politik nicht allzu viel Hilfe erwarten. Die Krise nimmt weiter ihren Lauf.
Quelle: FTD

Anmerkung Orlando Pascheit: *Natürlich kann man einen anderen Schwerpunkt bei der Ursachenfindung setzen, z.B. bei der zunehmenden,*

globalen Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen, aber Münchau unterwirft sich ganz offensichtlich einem Lernprozess.

Kommentar AM: Münchau liegt m.E. mit mehreren Elementen seiner Analyse falsch: es fehlt zum Beispiel der Hinweis auf die spekulativen Elemente, auf die Ausweitung der Derivate, Verbriefungen und andere Elemente von Casino und Kettenbrief. Der Einfluss der Zinssenkungen der amerikanischen Notenbank wird gemessen an dem Einfluss der spekulativen Elemente völlig überschätzt. Greenspan zum Schuldigen zu erklären wird langsam Mode. Genauso die Behauptung, das Übel sei vor allem von den USA ausgegangen und wir seien einigermaßen sauber geblieben. Da ist zu fragen, ob Greenspan auch an den Machenschaften in Deutschland beteiligt war, auf die das Handelsblatt schon im Februar 2003 hinwies. Siehe die NachDenkSeiten von gestern: „Die Verflechtung der Politik mit dem Casino-Betrieb der Finanzwirtschaft ist enger und älter als wir denken – wir zahlen schon seit 2000 für die Wettschulden“

3. **Ressentiment des Zeitgeistes**
   Der Ökonom Ullrich Heilemann über den ungerechtfertigt schlechten Ruf von Konjunkturprogrammen.
   Quelle: Freitag

   Kommentar AM: *Selbst wenn ein Ökonom es ausnahmsweise einigermaßen gut meint mit den Konjunkturprogrammen, kommt er ohne den Transport der üblichen Vorurteile nicht aus. So spricht der Ökonom Heilemann in konkretem Fall von „übertriebenem Staatsvertrauen in den siebziger Jahren“. Das ist schlicht nachgeplappert. Ich habe als Leiter der Planungsabteilung im Kanzleramt an den Impulsen für die damaligen Konjunkturprogramme mitgearbeitet. „Blindes Staatsvertrauen“ hat uns nicht getrieben. Auch ist der Vorwurf des Etikettenschwindels so nicht haltbar. Zum Beispiel hatte die damalige Bundesregierung die Maßnahmen des Zukunfts-Investitionsprogramms (ZIP) ganz und gar nicht sowieso vor, wie hier behauptet wird. Ebenso die Übernahme des Arguments, die Konsolidierung sei in guten Zeiten auf der Strecke geblieben. Wann gab es denn gute Zeiten? 2006 oder 2007? Waren Wachstumsraten von etwas über 2 % und noch dazu für zwei Jahre Zeichen eines Booms, wie allgemein behauptet wird? Ökonom Heilemann widerspricht sich selbst, wenn er dann immerhin anmerkt, dass die Mehrwertsteuer-Erhöhung nicht gerade das Gelbe vom Ei war.*
   Fazit zu diesem Interview: Mit derart liebedienerischem Entgegenkommen wird man die Agitation gegen Konjunkturprogramme nicht aushebeln.

4. **Mit Staatshilfe in das letzte Gefecht**
   Gerade die lautesten Markt-Schreihälse sind nun die radikalsten Verstaatlicher. Der Chef der US-Investmentbank Goldman Sachs, die wesentlich zur Krise beigetragen hat, rettete sich rechtzeitig in die Regierung und spielt nun als Finanzminister den staatlichen Retter. Der Chef der Deutschen Bank, ebenfalls als Kreditgeber für Hedge Fonds, Private Equity Fonds und spekulative Hypothekenbündel führend unter den Verursachern der Krise, hat wesentlichen Einfluss beim deutschen Rettungspaket: Der neue Vorstand der mit 50 Milliarden Euro immer noch nicht geretteten Hypo Real Estate wird von der Deutschen Bank gestellt und darf dafür sorgen, dass die Deutsche Bank ihre Darlehen zurückgezahlt bekommt.
   Der Staat darf den Bankrotteuren nicht gegen deren eigene Grundsätze helfen, sondern er muss gestalten. Von Werner Rügemer.
   Quelle: FR
5. **Neuer Vorstandschef der Transnet**
   Vorstandschef Lothar Krauß tritt ab – die Basis hadert mit seiner Rolle beim Börsengang und bei den Boni für den Vorstand.
   Quelle: Tagesspiegel
6. **Leiharbeiter – die stummen Verlierer**
   Munter greift die Finanzkrise weiter auf die Realwirtschaft über. Nach den Banken, der Autoindustrie und dem Bau trifft es jetzt die Chemieindustrie. BASF schließt vorübergehend 80 Anlagen. Für all diese Branchen werden nun Rettungsschirme aufgespannt. Das ist im Prinzip richtig, trotzdem gibt es ein Problem. Denn: Wer ruft denn da um Hilfe? Bei den meisten handelt es sich um Unternehmen, die zunächst nur Gewinneinbußen verzeichnen müssen. Auch BASF hat allein im dritten Quartal 2008 noch knapp 1,6 Milliarden Euro Plus gemacht.
   Die große Ausnahme bildet die Leiharbeitsbranche. Sie, die die Krise am härtesten trifft, schweigt vor sich hin. Denn hier vollzieht sich die Arbeitslosigkeit schleichend. Erst werden die Leiharbeiter von den Entleihfirmen zurück in die Zeitarbeitsfirma geschickt: 5.000 Leute bei Conti, 5.000 bei BMW, 880 bei Daimler, um nur einige zu nennen. Finden die Verleiher keinen neuen Arbeitsplatz für die Zurückgeschickten, folgt die Kündigung. Doch von dieser erfährt kaum noch jemand etwas. Denn niemand schaut den Zeitarbeitsfirmen so genau auf die Finger wie den Auto- oder Chemiekonzernen. Und sie selber sagen nichts, um ihr Image nicht zu beschädigen.
   Quelle: TAZ

7. **Rente steigt – ihr Niveau sinkt**
   Bis 2022 steigen die Renten nach derzeitigen Schätzungen um 32 Prozent, im Schnitt um 1,9 Prozent pro Jahr. Damit bleibt das Plus bei den Altersbezügen allerdings hinter der voraussichtlichen Entwicklung der Löhne und Gehälter zurück, die nach Annahmen der Regierung um mehr als zwei Prozent steigen werden. Für Juli 2009 erwartet der Schätzerkreis eine Steigerung der Renten um 2,75 Prozent. Insgesamt sinkt das Niveau der gesetzlichen Rente in den kommenden Jahren weiter – von 50,5 Prozent im Jahr 2008 auf 46,2 Prozent im Jahr 2022. Die Zahl gibt an, wie hoch die Rente eines Durchschnittsverdieners im Vergleich zu seinem durchschnittlichen Arbeitseinkommen ist – nach Abzug von Sozialversicherungsabgaben, aber vor Steuern. Der Rückgang „macht deutlich, dass die gesetzliche Rente zukünftig alleine nicht ausreichen wird, um den Lebensstandard des Erwerbslebens im Alter fortzuführen“, heißt es im Rentenbericht.
   Quelle: Tagesspiegel

   Anmerkung KR: *Man kann es nicht oft genug wiederholen: Dass die gesetzliche Rente nicht mehr genügt, ist politisch gewollt und Ergebnis der Beratungstätigkeit u.a. eines Herrn Rürup – welcher sein Gehalt in Zukunft von den Profiteuren der privaten Altersvorsorge überwiesen bekommt.*

8. **Lebensversicherung: Stille Reserven kaum ausgeschüttet**
   Lebensversicherungskunden haben neuerdings Anspruch auf einen Anteil an den „Stillen Reserven“ der Versicherer. In der Praxis aber werden diese Reserven im Rahmen der Überschuss-Beteiligungen kaum ausgeschüttet.
   Quelle: ARD
9. **Pleite im Alter – Tausende Anleger verlieren ihr Erspartes**
   Das Rentenmodell, das Herr Schöfer abgeschlossen hat, wurde unter vielerlei Namen vertrieben: Lex-Konzept, Europlan, Novarent. Im Detail unterscheiden sich die Produkte erheblich, der Kern aber ist immer derselbe: Der Kunde nimmt bei einer Bank ein Darlehen auf, zu einem Zins von weniger als sechs Prozent.
   Dieses Geld wird direkt in eine Versicherung einbezahlt. Die erwirtschaftet, so wurde es vorgerechnet, Traumrenditen von acht Prozent und mehr. Der Wert der Versicherung wächst also schneller als der Schuldenberg aus Darlehen samt Zinsen. Nach 15 Jahren wird der Kredit mithilfe der Versicherung abbezahlt. Es bleibt ein Überschuss, und damit wird eine lebenslange Rente gezahlt. Soweit das schöne Versprechen. Hans Herrman Schöfer ließ sich

überreden, einen Kredit von 316.000 Euro aufzunehmen. Das ist ein vielfaches seiner Jahreseinkünfte. Geblieben ist ihm aber statt einer lebenslanger Rente ein Schuldenberg von rund 180.000 Euro.
Quelle: ARD

10. **Legen Berufsunfähigkeitsversicherer ihre Kunden aufs Kreuz?**
Es sieht es so aus, denn immer seltener bekommen Kunden eine Police, die nicht mit einem teuren Risikozuschlag belegt wird. Wenn sie überhaupt eine bekommen. Und falls sie eine haben, zahlt die Versicherung im Ernstfall oft nicht – zum Teil mit dubiosen Erklärungen.
Quelle: WIWO
11. **Warum Bankberater hauptsächlich an sich denken**
Plusminus hat einen Informanten getroffen, der aus eigener Erfahrung weiß, was hinter den Kulissen deutscher Banken vor sich geht. Seit mehr als 20 Jahren ist er als Anlageberater für Kleinanleger tätig. Er hat schon in verschiedenen Häusern gearbeitet. Tausende von Kunden haben seinen Ratschlägen vertraut. Sie ahnten nicht, dass sein Verdienst von erfolgreichen Abschlüssen abhängig ist: „Ich muss sechs Millionen Investmentzertifikate pro Jahr abschließen, zusätzlich Lebensversicherungen und Bausparer. Das ist auf die Woche umgerechnet eine Summe von 200.000 Euro Investmentzertifikate, 2 Lebensversicherungen und 1,8 Bausparer. Und wenn es Mittwoch Mittag ist und ich habe auf meiner Personalnummer bisher erst 20.000 – 30.000 Euro verbucht, dann muss ich schauen, dass ich bis Freitag Abend diese 200.000 Euro in der Woche voll kriege. Und da bemerke ich bei mir selbst sehr oft, dass die Objektivität in der Beratung verloren geht.“
Quelle 1: ARD PlusMinus (Text)
Quelle 2: ARD PlusMinus (Video)

Anmerkung Martin Betzwieser: *Diesen Beitrag sollte man auf Video haben und ihn vorführen, wenn man das nächste mal vom Vermögensberater der Bank / Versicherung / Bausparkasse des Vertrauens heimgesucht wird.*

12. **Apotheker kassieren über Tarnfirmen**
Die Apotheker riefen dazu Ende 2006 in Wien die Genossenschaft Global Apo ins Leben. Offiziell erbringt Global Apo Dienstleistungen für Pharmaunternehmen. In Wirklichkeit erhält Global Apo aber Rückvergütungen, die sich an der Höhe des Mehrumsatzes von verschreibungspflichtigen Präparaten der Pharmafirmen bemessen.
Dieses Verfahren geht aus den Verträgen der Apotheker mit Betapharm, Merck

Pharma, Mylan dura und Axicorp hervor, die dem stern vorliegen. Demnach erhielt Global Apo von Betapharm zum Beispiel eine Rückvergütung in Höhe von bis zu 27,5 Prozent je nach Umsatzsteigerung der bestellten Arzneimittel. Mylan dura gewährte eine Rückzahlung in Höhe von bis zu 30 Prozent der zuvor bestellten Rezept-Arzneimittel.
Mitglied von Global Apo können nur Apotheker mit mehr als 1,5 Millionen Euro Jahresumsatz werden.
Quelle: stern

13. **BGH: Gaspreis-Erhöhungen müssen berechtigt sein**
Gaspreis- Erhöhungen müssen nach dem heutigen Urteil des Bundesgerichtshofs nicht nur dem Profitinteresse eines Gasversorgers dienen, sondern berechtigt sein. Dass dem so ist, muss das Unternehmen beweisen.
Quelle: Linkszeitung
14. **Die ewige Suche nach der Gerechtigkeit**
Vom Corpus Iuris des Kaisers Justinian zum Grundgesetz der Bundesrepublik: Wie die alte Formel „Jedem das Seine“ im Sozialstaat einen guten Maßstab erhielt.
Der Sozialstaat ist der große Ermöglicher. Er ist mehr als ein liberaler Rechtsstaat, er ist der Handausstrecker für die, die eine helfende Hand brauchen. Er ist der Staat, der es nicht bei formalrechtlicher Gleichbehandlung belässt, nicht dabei also, dass das Gesetz es in seiner majestätischen Erhabenheit Armen und Reichen gleichermaßen verbietet, unter den Brücken zu schlafen, wie der französische Schriftsteller Anatole France das so schön gesagt hat. Der Sozialstaat gibt den Armen nicht nur Bett und Dach, sondern ein Fortkommen aus der Armut. Ein Sozialstaat entwickelt eine emanzipatorische Gerechtigkeitspolitik, also eine Politik, die Chancenungleichheiten ausgleicht. Das hat nichts mit Gleichmacherei zu tun. Das Übel, dass manche Leute ein schlechtes Leben führen, besteht nicht darin, dass andere Leute ein besseres Leben führen. Das Übel liegt darin, dass schlechte Leben schlecht sind. Und das Gute ist, dass – auch mittels derer, die ein besseres Leben führen – denjenigen geholfen werden kann, deren Leben schlecht ist. Von Heribert Prantl.
Quelle: SZ
15. **Wir sind Demokratiemuffel?**
Das Ansehen der Demokratie bröckelt, das Vertrauen in die soziale Sicherung sackt auf Rekordtief, das Interesse an Politik schwindet in freiem Fall und Karl Marx erlebt eine Renaissance.
Quelle 1: FR

Quelle 2: Statistisches Bundesamt

Anmerkung Orlando Pascheit: *Was heißt hier Demokratiemuffel? In keinem anderen Land wird so offensichtlich, durch x Umfragen bestätigt, an den Bedürfnissen der Bevölkerung vorbei regiert. Wenn festgestellt wird, „der Frust über die demokratische Praxis sei sogar noch größer als der über das seit Jahren nicht gestiegene Haushaltseinkommen und die weiter auseinanderdriftende Schere zwischen Arm und Reich“, dann ist doch wohl klar, wer die Demokratiemuffel sind. Schröder und Co wie Merkel und Co hat es nicht im geringsten gekümmert, dass Deutschland in der Lohnentwicklung seit Jahren Schlusslicht in Europa spielt. Wer hat denn die Bedingungen für die skandalöse Ausweitung des Niedriglohnsektors geschaffen? Wer überlässt denn die Daseinsvorsorge von der Elektrizitätsversorgung bis zur Bahn dem profitorientierten Markt, genauer privaten Monopolisten? Wer fährt denn die die umlageorientierte Rente an die Wand? Usw. – ist das Demokratie?*

16. **Deutsche jammern gerne**
Im Vergleich zu den EU-Nachbarn haben die Deutschen viel Zukunftsangst. Aber als „Unterschicht“ will sich niemand bezeichnen. Im Alter hellt sich die Stimmung auf. Sagt der Datenreport 2008.
Quelle: TAZ

Anmerkung OP: *Es ist erschreckend abgehoben für eine Zeitung wie die taz, die berechtigten Sorgen der Bevölkerung mit „Jammern“ abzutun. Natürlich kommt es vor, dass die „subjektive Selbsteinschätzung und die objektive Datenlage eben nicht das Gleiche“ sind, nur hat die Autorin mit der objektiven Datenlage das gleiche Problem. Sie versucht diese Schieflage an der Schere zwischen Arm und Reich aufzuzeigen und schreibt: „Aufgrund von Daten aus dem vergangenen Jahr kam das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) kürzlich zu dem Schluss, dass die Ungleichheit zuletzt nicht weiter zu-, sondern sogar leicht abgenommen habe.“ Offensichtlich stützt sich Barbara Dribbusch auf einen bereits ungenau recherchierten Artikel ihres Kollegen Bernd Kramer („Deutsche wieder etwas gleicher“).*
Ich kann nur meine Anmerkung wiederholen: Im Wochenbericht selbst wird das Ergebnis relativiert: “Die sich abzeichnende konjunkturelle Abschwächung dürfte die Entwicklung der realen verfügbaren Einkommen wieder dämpfen. Möglicherweise ist der Trend zunehmender Einkommensungleichheit und steigenden Armutsrisikos nur kurz unterbrochen worden.” Unmittelbar einleuchtend ist, dass die Armutsrisikogrenze mit der Entwicklung der

Einkommen sinkt bzw. steigt, da sie nur ein relativer Wert ist. Ein großer Teil Armer des 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung (Datenbasis 2003) gehört, bei einer Armutsrisikogrenze von 938 Euro, 2007 in der DIW-Untersuchung, bei einer Armutsrisikogrenze 890 Euro, nicht mehr zu den Armen. Der Arme von 2003 war reicher als der Arme von 2007!

17. **Sozialleistungsempfänger: Bei den Kindern wird selten gespart**
Für die meisten Eltern haben die Bedürfnisse der Kinder Priorität.
Quelle: Böckler Boxen – die Themenseiten der Hans Böckler Stiftung

Anmerkung KR: *Auf den ersten Blick fand ich keine Erklärung des Konzepts der Boeckler-Boxen. Offenbar handelt es sich um einen Versuch, für die tagespolitische Diskussion relevante Fakten kompakt und anschaulich aufzubereiten. Das scheint mir durchaus gelungen zu sein.*

18. **Böckler Impuls 18/2008: Studiengebühren verunsichern Abiturienten**
6.000 bis 18.000 Schulabgänger des Jahres 2006 werden sich wegen der Studiengebühren nicht auf einer Universität oder Fachhochschule einschreiben. Zu diesem Ergebnis kommt die erste empirische Untersuchung zur Wirkung von Studiengebühren in Deutschland. Forscher des Hochschul-Informations-System GmbH (HIS) haben ein halbes Jahr nach Schulschluss in einer repräsentativen Erhebung 5.240 Abiturienten und Fachabiturienten zu ihren Plänen und zur Rolle von Studiengebühren befragt. Zum Zeitpunkt der Interviews erhoben erst zwei Bundesländer Gebühren, dennoch könnten die Gebühren bis zu 4,4 Prozent der Schulabgänger 2006 von einem Studium abhalten.
Quelle: Hans Boeckler Stiftung
19. **Osteuropa: Noch mehr blühende Landschaften**
Die Finanzkrise trifft auch die aufstrebenden Märkte Ost- und Südosteuropas ins Mark. „Die Liste der Länder, die um eine Unterstützung bitten, wird jeden Tag länger“, sagte Dominique Strauss-Kahn, Chef des Internationalen Währungsfonds (IWF) im libyschen Tripolis. „Das nächste Jahr wird schwer. Wir stecken in einer echten Weltkrise.“ Damit rollt auch auf österreichische und deutsche Banken eine Bugwelle zu. Sie haben in den vergangenen Jahren viel investiert um am Wachstum der Region teilzuhaben. Reihenweise übernahmen sie Staatsbanken oder bauten eigene Filialnetze auf. So beziffert etwa die Deutsche Bank, die vor ein paar Jahren die russische Investmentbank UFG übernahm, allein ihr Russland-Engagement in einem Dokument für die amerikanische Wertpapieraufsicht auf mehr als 15 Milliarden Euro. Aber auch

in Serbien, Kasachstan und Kroatien ist der deutsche Branchenprimus investiert. Auch die Commerzbank setzt seit einigen Jahren auf Osteuropa. Ihr Schwerpunkt liegt dabei in Polen, einem Land, das erst kürzlich dem vor dem Staatsbankrott stehenden Island Hilfe angeboten hat. – Noch Anfang Oktober hatte Jean-Claude Trichet, Chef der Europäischen Zentralbank, die Hoffnung geäußert, dass die osteuropäischen Schwellenländer bereits im kommenden Jahr wieder Wachstumsimpulse geben. Doch das Gegenteil ist der Fall: Die einstige Goldgrube droht zum Milliardengrab zu werden, weil die internationale Investorenkarawane weiterzieht.
Quelle: FR

20. **Handy-Weltmarktführer Nokia büßt in Deutschland Marktanteile ein**
Der Geschäftseinbruch in Deutschland kostet die Finnen wohl mehr als der Sozialplan für die Bochumer Werkschließung. Der Marktanteil von Branchenprimus Nokia schrumpft in Deutschland um acht Prozent. Wie massiv das Image der Finnen hierzulande gelitten hat, zeigt eine Capital ebenfalls vorliegende Untersuchung des Kölner Marktforschungsunternehmens Psychonomics. Bevor Nokia im Januar ankündigte, die Fabrik in Bochum dichtzumachen, sahen nur acht Prozent der Deutschen Nokia in einem schlechten Licht, Ende Oktober waren es 35 Prozent, direkt nach Bekanntgabe der Schließungspläne sogar 65 Prozent.
Quelle: Capital
21. **Telekom spionierte hemmungslos**
Das Ausmaß der Überwachungsaffäre wird deutlich. Das Unternehmen bespitzelte 60 Personen.
Quelle: FR